



Landesstrategie Weiterbildung

Hier: „Strategie zur Stärkung der Politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen“

„Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, täglich und bis ins hohe Alter hinein.“¹

(Oskar Negt, Sozialphilosoph)

Gliederung:

1. Präambel
2. Herausforderungen
3. Ziele der Landesstrategie Politische Bildung
4. Lösungsansätze / Maßnahmen

¹ Oskar Negt, Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen 2010, S. 174.

1. Präambel

Alle in unserem Land lebenden Menschen sollten die Grundlagen und Wirkungszusammenhänge der Demokratie kennen, sich ihrer lebensbegleitend vergewissern, ihre Entscheidungsmechanismen durchschauen und sich aktiv in das demokratische Gemeinwesen einbringen können. Eine Demokratie ohne Demokrat*innen kann nicht funktionieren. Gegenwärtig ist aber festzustellen, dass Kritik an Politikerinnen und Politikern verstärkt einher geht mit Kritik am demokratischen System selbst. Die Folgen des rasanten gesellschaftlichen und politischen Wandels betreffen die Menschen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld. Sie müssen daher Entscheidungen von politisch Verantwortlichen in ihren möglichen positiven oder negativen Auswirkungen bewerten können. Die politische Bildung bezieht Position für die Werte und Grundrechte der Verfassung und ist auch ein wichtiges Instrument im Eintreten für eine solidarische Gesellschaft ohne Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Politische Bildung verfügt über eine große Bandbreite geeigneter Formate, um die Bürgerinnen und Bürger im Sinne des Grundgesetzes und unserer bewährten Demokratie zu informieren, ihnen Orientierung zu geben und sie im Idealfall zu aktiver Mitwirkung anzuregen und zu befähigen. Jahrzehntlang hat sie in ihrer Praxis und in ihren theoretischen Grundlagen professionelle Erfahrungen aufgebaut und eingesetzt und sich darin als stetig reformfähig erwiesen. Die Relevanz Politischer Bildung gerade in der heutigen Zeit und die Notwendigkeit ihrer Stärkung sind offenkundig. Aufgrund seiner politischen Vergangenheit sieht sich Deutschland in besonderer Weise verpflichtet, seine Einwohner*innen im Sinne eines freiheitlich-demokratischen Zusammenlebens politisch zu bilden.

Auch in Nordrhein-Westfalen erhielt die Politische Bildung einen hohen Stellenwert: Seit mehr als 70 Jahren vermittelt die Landeszentrale für Politische Bildung Grundwerte der Demokratie. Sie unterstützt aktuell 40 Organisationen, die Veranstaltungen der Politischen Bildung anbieten. Mit dem im Jahr 1974 erstmalig verabschiedeten Weiterbildungsgesetz erhielt auch die Politische Bildung als Teil der Erwachsenenbildung in Nordrhein-Westfalen einen gesetzlich verfassten, institutionalisierten Rahmen.

Sie ist im § 3 (1) WbG NRW als eine der wichtigen Aufgaben der Weiterbildung genannt und unter § 11 (2) als identitätsstiftende Pflichtaufgabe der Volkshochschulen in NRW auch kommunal verankert. Die politische Bildung ist gerade in Nordrhein-Westfalen plural aufgestellt und bildet die Vielfalt der Gesellschaft ab.

Demokratie braucht Politische Bildung, aktuell stärker denn je!

2. Herausforderungen

Unsere freiheitlich-plurale Demokratie steht sowohl auf verfasster und institutioneller als auch zivilgesellschaftlicher und bürgerschaftlicher Ebene unter vielfältigem Druck. Das Vertrauen in ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie in Institutionen und die politischen Willensbildungsprozesse unserer repräsentativen, föderalen

Demokratie nimmt stetig ab. Parlamente, als Herzstück unserer Demokratie, haben an Norm setzender Kraft zugunsten der Exekutive eingebüßt. Parteien, denen in Art. 21 GG² nicht eine dominierende, wohl aber eine herausgehobene Funktion zugewiesen ist, schaffen es nur noch partiell, gesellschaftliche Strömungen in Debatten zu integrieren, Einzelmeinungen zu gemeinwohlorientierten Kompromissen zu aggregieren und durch die Integration von Randmeinungen Extremismus wie Populismus zu vermeiden. Parteien werden von vielen Menschen nicht mehr als der beste Entfaltungsraum für das eigene politische Engagement angesehen.

Globalisierung und Digitalisierung transformieren unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft und unsere Demokratie. Politische Macht und politischer Druck werden zunehmend über digitale Kanäle außerhalb der von der Verfassung vorgesehenen Institutionen ausgeübt. Auf diese und andere Herausforderungen wie den Klimawandel, Flucht, Zuwanderung und Integration muss die Demokratie Antworten finden. Damit müssen sie Gegenstand der Politischen Bildung sein.

3. Ziele der Landesstrategie Politische Bildung

Politische Bildung ist fundamental für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die prinzipiell erwünschte Individualität als Ausdruck freier Persönlichkeiten darf politisch nicht zu einer Betroffenheits- oder Konsumdemokratie führen, in der nur die Demokratie akzeptiert wird, die das eigene Individualinteresse maximal umsetzt. Politische Bildung hat die Bedeutung von Gemeinwohl und Kompromiss, von Mehrheitsmeinung und Minderheitenschutz, von Empowerment, Verantwortung und Legitimation verstärkt herauszustellen und zu vermitteln. Politische Bildung muss Sinn, Entwicklung, Lage und Perspektiven der freiheitlich-pluralen Demokratie erläutern und erfahrbar machen. Dies tut sie auf der Basis wissenschaftsfundierter, qualitätsgesicherter politischer Informationen. In Forschung und Lehre ist die Politische Bildung institutionell stärker zu verankern.

Politische Bildung muss ihre Fähigkeit verstärken, Diskursräume bereit zu stellen, die einen Bezug zur Alltagswirklichkeit der Bürger*innen eröffnen und in denen politische Orientierung und eigene Handlungsfähigkeit erfahrbar werden. Unter Offenlegung weltanschaulicher Grundlagen, die auf der Basis des Grundgesetzes stehen müssen, sind der Bürgerin und dem Bürger im Sinne des Pluralismus Alternativen sowie unterschiedliche Lösungsansätze aufzuzeigen, um politische Urteilsfähigkeit zu stärken.

Politische Bildung ist in ihrer Fähigkeit zu stärken, zu aktivem Engagement zu motivieren und zu befähigen. Politik in Deutschland wird nur zu einem geringen Prozentsatz von hauptamtlichen Politikprofis gemacht. Auch ehrenamtliches politisches und zivilgesellschaftliches Engagement soll professionell gestaltet sein und muss entsprechend mit politischen Bildungsangeboten begleitet werden. Politische Bildung kann noch stärker eine Brückenfunktion zwischen Politik, Parteien, zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und der Bürgerschaft wahrnehmen. Sie hat dabei den

² Artikel 21 GG: Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

Beutelsbacher Konsens³ zu beachten. In diesem Rahmen sollte das „Politische“ in der Politischen Bildung wieder eine größere Rolle spielen. Sie hat eine Integrationsleistung der Menschen in unser politisches System zu erbringen. Politische Bildung muss noch mehr Menschen erreichen als bisher. Dazu sind auch künftig Weiterentwicklungen ihrer Lehr- und Lernarrangements nötig. Sie kann mit analogen, digitalen, kombinierten oder aufsuchenden Formaten an die politische Lebenswelt der Menschen anknüpfen. Dazu ist eine adäquate Fördersystematik notwendig.

4. Lösungsansätze / Maßnahmen

- **Politische Bildung ist eine Frage der Qualität.** Die Einrichtungen benötigen Zeit, Raum, Personal und Finanzen, um ihre kontinuierliche Qualitätsentwicklung jenseits des operativen Geschäftes vorantreiben zu können. Zur Qualität gehören auszugsweise die Entwicklung neuer Themenangebote, neuer Formate, die Qualifizierung, aber auch die Digitalisierung in ihrer multiplen Form: als Thema der Politischen Bildung, Digitalisierung in der Didaktik und die Digitalisierung interner wie externer Prozesse. Bildungsprozesse mit dem Ziel einer erweiterten politischen und gesellschaftlichen Urteilsfähigkeit brauchen keine formal anerkannten Qualifikationen. Politische Bildung braucht Förderrichtlinien, die eine selbstverantwortliche, flexible und zielgruppenadäquate Arbeit ermöglichen.

Maßnahme: Einführung einer Entwicklungspauschale (15% der Zuwendungen).

- **Politische Bildung ist eine Frage der Quantität.** Je mehr überzeugte Demokratinnen und Demokraten für die Demokratie eintreten, desto besser. Je mehr Politische Bildung, desto stabiler unsere freiheitlich-plurale Demokratie.

Maßnahme: Zur Stärkung ihrer Brückenfunktion verstärkt die Politische Bildung ihre Aufgabe, Menschen mit den politischen Institutionen und den Entscheidungsprozessen vertraut zu machen und sie zu befähigen, diese mit Maßstäben einer an Menschen- und Grundrechten orientieren Politik zu hinterfragen und mitzugestalten. Eine quantitative Steigerung ist nicht ohne Erhöhung der Finanzausstattung machbar (s. Finanzen).

- **Politische Bildung ist eine Frage qualifizierten Personals.** Die Politische Bildung steht vor einem signifikanten Fachkräftemangel. Sowohl für die qualitativen als auch für die quantitativen Ziele bedarf es mehr und besser ausgebildeten professionellen Personals.

Maßnahmen: Die wissenschaftliche Expertise und die Studiengänge für außerschulische Politische Bildung müssen ausgebaut werden. Die Honorierung des Personals muss konkurrenzfähig und attraktiv sein. Berufs- und handlungsfeldrelevante Standards und adäquate Stellenbesetzungen müssen Ziel

³ Dem Beutelsbacher Konsens bei der Vermittlung politischer Inhalte stimmten im Jahr 1976 Politikdidaktiker*innen höchst unterschiedlicher politischer Couleur zu. Mit seinen Umsetzungs- und Veranstaltungsprinzipien – Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot sowie Vermittlung von Analyse- und Handlungsfähigkeit (vgl.: <https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens>) – wurde er für politische Bildner*innen in schulischen wie außerschulischen Kontexten in den vergangenen Jahrzehnten zu einer wichtigen Orientierungs- und Legitimationsgröße. In der aktuellen „Weimarer Erklärung über die Grundlagen und Aufgaben historischer, politischer und kultureller Bildung“ vom 23.10.2019 verweisen die unterzeichnenden Wissenschaftler*innen und Veranstaltungsverantwortlichen zudem auf die Wertegebundenheit, Überparteilichkeit, Wissenschaftsfundiertheit und Verfassungsgemäßheit von Bildungsveranstaltungen (vgl.: <https://www.weimarer-erklaerung.de/>).

sein. Aufwände für Ausbildung und Weiterqualifizierung haupt- und nebenamtlichen Personals sind zuwendungsrechtlich zu berücksichtigen.

Zur Stärkung der Professionalität des Personals sind darüber hinaus öffentlich verantwortete Supportangebote auszubauen und zu verstetigen.

- **Politische Bildung ist eine Frage der zielgruppenspezifischen Arbeitsweise und ihrer rechtlichen Voraussetzungen.** Die Politische Bildung baut ihre Formatvielfalt qualitativ und quantitativ aus, um ihre Anspruchsfähigkeit und Wirkung zu steigern. Politische Bildner*innen entscheiden sich autonom für das Format, das in einer spezifischen Zielgruppe die höchste Wirkung zu erreichen vermag. Das können klassische Formate wie das Seminar, der Vortrag mit Podiums- und Publikumsdiskussion oder die Exkursion zu themenverstärkenden Orten sein. Junge, „neue“ Formate wie Demokratiewerkstätten, die aufsuchende, sozialräumliche politische Bildungsarbeit, Bildung an „Dritten Orten“, aber natürlich auch digitale Angebote oder analog-digitale Kombinationen (blended learning) haben sich bewährt und müssen auch im Regelangebot umsetzbar sein. Um Synergieeffekte zu schaffen oder zu steigern, sind Kooperationen zwischen der schulischen und der außerschulischen politischen Bildung zu erleichtern.

Maßnahme: *Zuwendungsrechtliche Anerkennung der Entwicklung und der Umsetzung alternativer Formate. Zu Details wird auf die gesonderte Positionierung des Gesprächskreises verwiesen.*

Förderung eines Wissensaustausches über gelingende, wirkungsvolle Zielgruppenansprachen.

Die Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung als unverzichtbarer Partner der Einrichtungen und Kompetenzzentrum ist unabdingbar. Damit sie ihre wichtige Rolle als zentraler Anker in der politischen Weiterbildungslandschaft wahrnehmen kann, ist sie strukturell, finanziell und personell entsprechend auszustatten.

- **Politische Bildung ist eine Frage der Finanzen.** Bei Anerkennung der Bemühungen der Landesregierung zur Verbesserung der Finanzlage der Allgemeinen Weiterbildung ist zu konstatieren, dass die beschriebenen Ziele mit der derzeitigen Finanzausstattung definitiv nicht erreicht werden können. Es bedarf einer grundsätzlichen Debatte im Landtag über die Rolle, den Stellenwert und die finanzielle Ausstattung der anerkannten Einrichtungen für Politische Bildung: als Partner*innen der Landeszentrale für politische Bildung, als wichtigste Voraussetzung für eine lebendige Demokratie.

Maßnahme: *Wesentlich und ausschlaggebend ist die auskömmliche Finanzierung aller Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung. Hierzu gehört zentral eine ausreichende Grundfinanzierung in Höhe von mindestens 180 Mio. Euro pro Jahr (10 Euro pro Einwohner*in). In dieser Grundfinanzierung muss eine Gemeinkostenpauschale in Höhe von 15 % enthalten sein. Aufstockend zur Grundfinanzierung benötigen die Einrichtungen für die notwendigen inhaltlichen Entwicklungen eine Entwicklungspauschale von ebenfalls 15 %. Beide Pauschalen dürfen nicht in die Abrechnung von Angeboten einbezogen werden.*

Die Dynamisierung der Finanzierung in Höhe von mindestens 3 % jährlich muss gesetzlich verankert werden. Von diesen Finanzierungen unabhängig müssen die

notwendigen Investitionen der Einrichtungen in die Infrastruktur separat betrachtet und geregelt werden.

- **Politische Bildung ist eine Frage ihres politischen und gesellschaftlichen Stellenwertes.** Bei der WbG-Novellierung muss die besondere Rolle der Politischen Bildung (Expert*innentum, Ausschließlichkeit, Aufwändigkeit, u. v. m.) für die notwendige Stärkung unserer Demokratie durch zusätzliche Förderung ausgebaut werden.

Maßnahme: *Konkret sollte mit diesem Ziel der § 3 (2) WbG („Aufgaben der Weiterbildung“) folgendermaßen erweitert werden: „Zur Stärkung des freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens erhalten Angebote der politischen Bildung bei der Ausstattung mit Fachpersonal und Finanzen einen besonderen Stellenwert.“*

Gesprächskreis für Landesorganisationen der Weiterbildung, 28.02.2020